

# Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Feinsprecher Nummer 22 und 37

Politisches - Konto:  
Nr. 954 Berlin NW. 7

Allgemeines Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. S.

Giro-Konto  
bei der Reichsbank

**Ercheinungswerte:** Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freibleibend): In Sorau in den Ausgabeblättern für Juli 14000 Mk., ins Haus gebracht 14200 Mk., auf dem Lande in den Ausgabeblättern der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 14100 Mk., der weiter gelegenen 14180 Mk., ins Haus gebracht 200 Mk. mehr, durch die Post bezogen 14035 Mk., einjähr. Beleggeld. — Wochenarten, nur in der Geschäftsstelle. — Einzelnummern 2: 3500 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederum oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise (freibleibend):** Die halbpaltene Kolonellschleife für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 200 Mark, für auswärtige Anzeigen 400 Mark; im Restamt die halbpaltene Kolonellschleife je Millimeterhöhe 500 Mark, für auswärtig 1000 Mark. — Für Anzeigen, durch Feinsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach jedem Tarif, nur alljährig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anschlag auf den Tarif.

Nummer 167

Freitag, den 20. Juli 1923

113. Jahrgang

## Nach die Beamtenchaft international?

Von Dr. G. Schmitt

Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die größten Arbeitnehmerorganisationen der Welt international angeordnet sind. Die Gewerkschaften, die sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa) ihre Spitze finden, gehören der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an.

Seit der Zeit, da neben dem Deutschen Beamtenbund (D.B.B.) auch der freigeberliche Beamtenbund (F.B.B.) als freigeberliche Beamtenorganisation entstanden sind, mußte damit gerechnet werden, daß diese im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (A.D.B.) zusammengefaßt werden und mit A.D.B. verbündeten freigeberliche Beamtenorganisationen den Versuch machen werden, auch in die Berufsbeamtenchaft den Gehalten einer Gewerkschaftsinternationale hineinzutragen.

Am 15. Juni veränderte der „Vorwärts“, daß am 2. und 3. Juli in Wien Verhandlungen über die Gründung einer Beamten-Internationalen stattfinden würden. Die Länder Holland, Frankreich, Deutschland und Österreich hätten ihre Zustimmung bereits ausgesagt. Diese Notiz des „Vorwärts“ hat nicht nur in unserer Berufsbeamtenchaft, sondern auch in der gesamten Öffentlichkeit großes Aufsehen hervorgerufen. Denn, mit Recht würde es als eine Verhöhnung der deutschen Interessen und des deutschen Standpunktes angesehen werden, wenn nach dem Versagen sämtlicher Internationalen gegenüber dem völkerrechtswidrigen Einfall Bolsharows in das Ruhrgebiet auch unsere Beamtenchaft sich für die internationalen Phantastereien verführerischer Ideologen hergeben würde.

Es kann gesagt werden, daß unsere stärkste Beamtenorganisation, der D.B.B., erst durch die genannte Notiz des „Vorwärts“ von den bevorstehenden Verhandlungen zur Gründung einer Beamteninternationalen Kenntnis erhalten hat. Trotzdem hat sich der Deutsche Beamtenbund leider bereit gefunden, auf eine spätere Einladung hin einen Vertreter zu den genannten Verhandlungen nach Wien zu entsenden.

Bei den Verhandlungen in Wien selbst zeigte es sich, daß die neue Gründung lediglich ein sozialistisches-gewerkschaftliches Machwerk ist. Deshalb hat sich der Deutsche Beamtenbund von den Wiener Verhandlungen bald zurückgezogen. Das Urteil des Deutschen Beamtenbundes in Nr. 28 seiner Zeitung über die in Wien gegründete Beamteninternationalen lautet:

„Die in Wien geschaffene Grundlage ist so verworren, morsch und brüchig, daß schließlichs darauf nichts Gutes und Gesundes erwachsen kann.“ Wir hoffen, daß der D.B.B. nach seinen Erfahrungen, die er in Wien gesammelt hat, bald zu dem Erkenntnis kommt, daß jede internationale Bindung heute, da wir nur an die Wiedereinlösung unserer vaterländischen Freiheit denken sollten, ein Verbrechen am Volksgange ist! Tausende von deutschen Beamten, sind von dem französischen und belgischen Klaußelband aus ihrer eigenen Heimat, an Ruhr und Rhein vertrieben worden. Voll Angst sehen die sozialistischen Gewerkschaften, daß der Kampf an der Ruhr mehr und mehr das nationale Erwachen bringt. Deshalb ihre verwerflichen Anstrengungen, jetzt gerade in die Berufsbeamtenchaft den Internationalismus einzutragen. Möge die deutsche Beamtenchaft die gebührende Antwort auf die Gründung der Beamteninternationalen in Wien geben.

## Reichsregierung und Bürgerkrieg.

Energische Sprache. — Volles Einverständnis auch mit Preußen.

Berlin, 18. Juli. In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen, die mit einer gewissen Kaltblütigkeit Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Pressenführungen in den Tatsachen keine Grundlage, denn die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgendeiner Seite in die

### berbrecherliche Zorheit

blutigen innerpolitischen Kämpfe hineinziehen zu lassen; sie weiß, daß die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk unter anderem in Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestattet, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu verzetteln.

Die breitesten Kreise der Öffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteilassung sind sich darüber klar, daß, wer die heilige Not des Vaterlandes vernachlässigen wollte, um

### eigenmächtige Parteizwecke

durchzuführen oder die geordnete Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerstören, allein die Zwecke fremder Mächte fördern und ein Verräter am deutschen Volke sein würde. Sollte es dennoch von irgendeiner Seite gegen den öffentlichen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung

### alle Nachmittel rücksichtslos einsetzen,

um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reichs niederzuwerfen. Die notwendigen Nachmittel hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung. In der Beurteilung dieser Dinge besteht zwischen ihr und der reichsregierenden Regierung volles Einverständnis. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn gegen einen preussischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen

### von Sachsen und Thüringen

im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einverständnis zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen.

Diese halbamtliche Erklärung ist offenbar dazu bestimmt, die ruhige Stimmung zu schaffen gegenüber gewissen Presseartikeln, von denen im Beginn die Rede ist. Es handelt sich dabei um sozialdemokratische Besprechungen des „Vorwärts“ über die Möglichkeiten und Aussichten eines Bürgerkrieges, die den frühlingshaften sozialistischen Bolsharowisten Genossen Schächinger zum Verfasser haben und in der Tat eine Selbsterbeutung an sich tragen, als handelte es sich dabei nicht um den schrecklichsten der Schreden, der uns jetzt noch heimlich droht. Der „Vorwärts“ schien sich auf diese von wissenschaftlicher Objektivität triefende Unternehmung

etwas zugute zu tun, die natürlich in der „Noten Färbung“ ein entsprechendes Echo fand. Von kommunistischer Seite wird, wie man weiß, für den 29. Juli ein

### „Antifaschistentag“

propagiert, von dem man sich allenthalben die Agitation zuweilen mit Versehen verpropagieren könnte, weshalb mit äußerster Aufmerksamkeit für diese Veranstaltung nicht gerade gespart wird.

Unter diesen Umständen darf die vorstehende Erklärung der Reichsregierung mit Genugtuung begrüßt werden. Sie stellt dem trotz aller Not des Vaterlandes unwandelbar andauerndem Parteigeheiß mit dem gefährlichen Nachdruck das Gebot der Stunde gegenüber, das auf Einigkeit gegen den längst nicht mehr nur an unseren Grenzen lebenden Erb- und Landesfeind gerichtet ist, und wahr ist die nur zu sehr in den Hintergrund gedrängte Staatsweisheit, mit Worten die erst recht die Entschlossenheit annehmen. Daß sie gegen diejenigen Kräfte, die sich ausgesprochen in diesen Tagen mit Bürgerkriegsspekulationen unterhalten, nichts auszurufen vermag, verleiht sich von selbst; in dieser Beziehung muß aber die Frage gestellt sein, ob von Seiten des preussischen Innenministeriums in den letzten Wochen und Tagen alles getan ist, was nach der ganzen Tendenz dieser Regierungserklärung hätte geschehen müssen, um gewissen Wünschen der extremen Linken rechtzeitig die Spitze zu bieten. Mit bloßen Strafandrohungen gegen die schlimmsten Volksverhetzer, die sich denken läßt, werden diese Gefahren schwerlich zu bannen sein. Die Reichsregierung, wie ganz genau, wie die Elemente beschaffen sind, die auf einen Bürgerkrieg hinarbeiten, sie sollte auch die preussischen Regierungstellen dazu anhalten, gegen sie ohne jedes Säumen, mit rücksichtsloser Entschlossenheit alle die gefährlichen Vollmachten anzuwenden, über die die Behörden der Republik in so reichem Maße verfügen.

### Noch ein Strafentwurf gegen die Note Färbung.

Berlin, 18. Juli. Das Volkspräsidium teilt mit: Die „Note Färbung“ hat in den letzten Tagen wiederholt behauptet, die Mitteilung in des Volkspräsidiums wolle, daß der in Münster anfallige Hauptmann Pfeffer das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“ in die Luft gesprengt habe. Beamte der Abteilung Ia hätten Pfeffer verhaften wollen, seien aber von Pfeffer schmeichlich „ausgespart“, da Pfeffer mit keinem Geschloß sich bedroht habe. Um diesen Behauptungen ist selbstverständlich kein wahres Wort. Der Volkspräsidium von Berlin hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Noten Färbung“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Bemerkenswert ist übrigens, daß die „Note Färbung“ neuerdings wieder zu ihrer früheren Praxis zurückkehrt, als verantwortlichen Redakteur einen unbekannten Zeiden zu lassen, dessen Immunität die Strafwirkung erschwert.

## Protest der deutschen Regierung gegen die Grenzsperr.

Die Deutsche Regierung hat gegen die jeder Rechtsgrundlage entbehrende Verlängerung der Verkehrsperre zwischen dem belagerten und unbesetzten Gebiet in Paris und Brüssel Protest eingelegt. Die deutschen Vertretungen in London, Rom und Washington und beim Vatikan sind beauftragt worden, entsprechende Vorstellungen zu erheben.

Röln, 18. Juli. Wie schwer sich die Verlängerung der Grenzsperr gerade in Röln bemerkbar macht, zeigt sich auch darin, daß sich hier die Gefahr um Ein- und Ausreisereisenden zu Bergen häufen. Die für Abgabe der vorgeschriebenen Formulare bestimmten Stellen haben heute in des Wortes wahrer Bedeutung „ausverkauft.“ Vor den Verkehrsämtern stehen die Gefährdeten zu Hunderten bis in die anstehenden Straßen hinein, um schließlich bei Dienstschluß unverrichteter Sache wieder umzufahren.

## Entbüllerte Gemeinden.

Darmstadt, 18. Juli. Gestern wurden aus Lange-Wonsheim an der Nahe 503 und aus Bilschheim fünf Personen ausgewiesen. In der letzten Sitzung trafen aus dem belagerten Gebiet über 200 Familien ausgewiesener Elternbatter in Darmstadt ein. Besonders hart betroffen wurde die Gemeinde Hildesheim, aus der innerhalb dreier Tage 128 Elternbatterfamilien, die ihre ganze Habe zurücklassen mußten, ausgewiesen wurden. Bis heute ist wiederum die Ausweisung ausgewiesener Elternbatterfamilien in Hildesheim angehängt. Ganze Straßen der Gemeinde Hildesheim sind menschenleer geworden. Und Bilschheim sind am 15. bis 17. Kinder zusammengeführt. An der Rheinbrücke, über die die Dörfer abgehoben wurden, sind den Ausgewiesenen mehr, als Lebensmittel weggenommen worden.

## Im Ruhrgebiet droht der Hunger.

Die von den Franzosen verhängte Verlängerung der Verkehrsperre hat die Notlage des belagerten Gebietes außerordentlich verschärft. Nicht nur die Unterbringung der in den Grenzorten festgehaltenen, nach Tausenden zählenden Personen, bereitet große Schwierigkeiten, auch die Lebensmittelpro-

duktion ist außerordentlich gefährdet. In vielen Städten sind Feinwaren und andere koloniale Nahrungsmittel völlig ausverkauft. Die Reichsregierung wird in einer Protestnote gegen diese neue Degradierung der Bevölkerung Einspruch erheben.

## Baldwins Kompromißformel.

England nimmt sich noch einen Tag Zeit.

London, 18. Juli. Der für heute morgen einberufene Kabinettsrat, der den englischen Antwortentwurf auf die deutsche Note prüfen sollte, ist auf morgen verlagert worden, weil einige Mitglieder mehr Zeit zum Studium des ihnen gestern abend hat eingehenden Schriftstückes verlangen. Auch Lord Curzon, der durch die angelegte Arbeit der letzten Tage erschöpft ist, soll einen Ruhetag für sich geordert haben.

Man hofft nun, daß das Kabinet morgen den Antwortentwurf in endgültiger Form billigen werde, so daß bereits morgen abend oder spätestens Freitag früh an die Verbündeten und an die Vereinigten Staaten weitergeleitet werden kann. Natürlich ist eine neue Verzögerung möglich, falls das Kabinet den Entwurf in seiner gegenwärtigen Form ablehnt und auf Änderungen besteht.

Wie verlautet, beantwortet die von Curzon entworfene Note die deutsche Note Punkt für Punkt, erwähnt aber nicht den passiven Widerstand, während der Begleitbrief, der nur den Verbündeten und den Vereinigten Staaten, nicht aber Deutschland zugeht, die britische Auffassung über den passiven Widerstand auseinandersetzt. Die englische Regierung betrautet danach die

Rubration als ungeschicklich und meine dabei, eine Aufgabedes passiven Widerstandes wäre von Deutschland nicht zu erwarten, falls dieses nicht Sicherheiten für das Aufheben der Besetzung erhalte. Der Begleitbrief gebe auch eine ausführliche Angabe der Gründe, aus denen England die deutsche Note für eine brauchbare Verhandlungsgrundlage halte.

## Belgien will nicht Vermittler sein.

Paris, 18. Juli. Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ wäre das Brüsseler Kabinet von der Bedeutung der Rolle überzeugt, die ihm bei der gegenwärtigen Lage zugefallen wäre. Belgien könne unter keinen Umständen als Vermittler zwischen Frankreich und England auftreten, da es am Prozeß beteiligt wäre. Vor allen Dingen müßten die belgischen Interessen verteidigt werden.

## Dier Fragen des „Temps“.

Paris, 18. Juli. In einer Antwort auf die jüngste Formel des „Daily Telegraph“ über die Möglichkeit eines englisch-französischen Wiedereinlösungskompromisses erklärt der „Temps“: Wenn man eine Debatte über die Klärung des Ruhrgebietes in den Vordergrund stelle, so lenke man dadurch gerade die Aufmerksamkeit von den Problemen ab, die in erster Linie zu lösen wären, um eine schnelle und friedliche Lösung der Wiedereinlösungsfrage herbeizuführen. Hierzu müsse England zunächst folgende vier Fragen beantworten:

1. Wieviel es von Deutschland verlange?
2. Wieviel es von seinen früheren Mitteln verlange?
3. Was es unter Zahlungen Deutschlands verleihe?
4. Wie es die deutschen Ausfuhr, die deutsche Schifffahrt, die deutschen Interessen, die sich jenseits des Kanals entwöhnen würden, zu behandeln gedenke?

Außerdem muß es eine Politik verfolgen, die nicht die Völker des Kontinents gegeneinander beize.

## Wir bleiben an der Ruhr...

Brüssel, 18. Juli. Ueber eine Unterredung befragt, die der belgische Völksticker in Paris mit dem Außenminister Joliba hatte, erklärte der Völksticker: „Wir bleiben an der Ruhr und werden dort bleiben, bis unsere Bedingungen erfüllt sein werden.“ In dieser Beziehung gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Ueber die englische Antwortnote lehnte er eine Aeußerung ab.

## Amerikanisches Urteil über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Neuport, 17. Juli. Nach Ansicht des Direktors vom amerikanischen vollwirtschaft-